

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

22.9.1928 (No. 222)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. Kuntz, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabate, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipische Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung, Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche. Falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 22 auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Abrüstungsverhandlungen

Wie im vorigen Jahre steht auch diesmal in Genf die Frage der Abrüstungskonferenz im Mittelpunkt schwieriger Verhandlungen. Im vorigen Jahre waren die Verschleppungsversuche dadurch einigermaßen wirksam bekämpft worden, daß man die Lösung der Sicherheitsfrage von der Aufgabe des vorbereitenden Abrüstungsausschusses durchsetzte. Das Ergebnis der jetzigen Beratungen, die von der Dritten Kommission der Völkerbundversammlung in die Hände eines Redaktionsausschusses gelegt worden waren, zeigt — wie die „Welt. Ztg.“ schreibt —, daß jetzt ein anderes Argument verschleppend auf die Arbeiten einzuwirken droht. Dieses Argument, mit dem man, entgegen dem deutschen Antrag, die Festlegung eines Termins für die endgültige Abrüstungskonferenz zu verhindern sucht, wird aus dem Streit um die Abrüstung zur See geschöpft. Die Mehrheit der beteiligten Mächte hält die Abrüstungskonferenz für zwecklos, wenn sich nicht vorher die großen Seemächte über ihre Marineabrüstung verständigt hätten.

Wenn sich die an den Beratungen beteiligten Mächte nicht noch im letzten Augenblick eines Besseren besinnen, scheint eine Einigung in der Kommission und im Plenum als unmöglich, denn die deutsche Kommission kann für die vorbereitete Kompromißformel nicht stimmen, da sie die Abrüstungskonferenz über das Jahr 1929 hinaus zu verschleppen droht. Die Abrüstungsverpflichtung, die die Mitglieder des Völkerbundes durch ihren Beitritt übernommen haben, ist nach deutscher Auffassung eine formelle und moralische Bindung so starker Art, daß wirkliche oder vermeintliche einzelstaatliche Bestrebungen ihrer Erfüllung untergeordnet werden müssen.

Bei den Kommissionsberatungen am Freitag erklärte der deutsche Delegierte Graf Bernstorff: „Der vorliegende Resolutionsentwurf ist für uns auf Grund unserer Auffassung über die großen Gesichtspunkte des Völkerbundes, wegen deren wir in den Völkerbund eingetreten sind, nicht annehmbar. Der Völkerbund ist für uns die große Weltinstitution, die die Befriedung und die Abrüstung der Welt zum Ziele hat. Ich verstehe die zur Geltung gebrachten Schwierigkeiten wohl. Aber dieser Entschließungstext bedeutet die vollständige Abänderung des Völkerbundes in der Abrüstungsfrage, da sie den Regierungen die Beilegung der Schwierigkeiten überläßt, während der Völkerbund warten muß, bis diese Schwierigkeiten behoben sind. Das ist vom Standpunkt des Völkerbundes aus eine vollkommene Abänderung in der Abrüstungsfrage. Die Völkerbundversammlung müßte im Gegenteil erklären, daß die Regierungen sich verständigen müßten, da sonst der Völkerbund eine letzte große Anstrengung zur Verwirklichung der Abrüstung von sich aus unternehmen müsse. Wir können nicht einfach warten, bis die Seegroßmächte die zwischen ihnen vorhandenen Differenzen, ganz abgesehen von anderen Schwierigkeiten, beseitigt haben. Wir könnten sonst bis zur Revision des Washingtoner Seearüstungsabkommens im Jahre 1931 warten müssen.“

Auswärtiger Ausschuss und Länderkonferenz

Gegenüber der Befürchtung, daß durch inoffizielle Verhandlungen in Genf der Reichstag vor vollendete Tatsachen gestellt werden könnte, ist zu sagen, daß, wenn überhaupt solche inoffiziellen Besprechungen stattfinden, sie keinen Einfluß auf den Gang der wirklichen Verhandlungen nehmen können.

Abgesehen von den Sitzungen des Reichslabinetts werden die Minister- und Staatspräsidenten am 2. Oktober zur Information über die Genfer Verhandlungen zusammentreten und am Tage darauf, am 3. Oktober, der Auswärtige Ausschuss des Reichstages.

Die tschechische Sozialversicherungs-Novelle

Wien, 22. Sept. (Tel.) In einer bis in die späten Nachstunden andauernden Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Novelle zur Sozialversicherung in erster und zweiter Lesung angenommen. Die Opposition hatte etwa 600 Änderungsanträge eingebracht, die sämtlich abgelehnt wurden. Die Abstimmung vollzog sich unter großem Lärm, Pfeifen und Ruldbedelgeklapper.

Veränderungen im Verwaltungsrat der Reichsbahn. Mit dem Schluß des laufenden Jahres scheiden aus dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft aus drei der von der Reichsregierung ernannten Mitglieder und die von dem Treuhänder für die Reparationsschuldverschreibungen ernannten Mitglieder. Vor der Auslosung hat der Reichskanzler a. D. Dr. Kauter, der erst vor zwei Jahren ernannt und an der Auslosung nicht beteiligt war, erklärt, daß er zu Ende des Jahres sein Mandat als Mitglied des Verwaltungsrates niederlegen werde.

Der Generalrat des internationalen Gewerkschaftsbundes wird am Dienstag und Mittwoch der kommenden Woche in Amsterdam eine Konferenz abhalten, worin u. a. die Frage des künftigen Verhandlungsstandes endgültig entschieden werden soll. Der Vorstand wird dem Verwaltungsrat vorschlagen, den Sitz nicht zu verlegen, sondern weiterhin in Amsterdam zu belassen. Ferner wird der Vorstand beantragen, den deutschen Gewerkschaftsvertreter und vorläufigen Generalsekretär des I. G. O., Sassenbach, endgültig auf diesen Posten zu bestätigen. Weiterhin stehen die Wahl des Verbandsvorsitzenden und eines neuen Vorstandsmitgliedes auf der Tagesordnung, wobei für beide Ämter in erster Linie der englische Gewerkschaftsführer Citrine in Frage kommt.

Haftentlassung von Hugo Stinnes. Hugo Stinnes ist gegen Stellung einer Kaution von einer Million Reichsmark aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Letzte Nachrichten

Die nächsten Fahrten des „Graf Zeppelin“

Wien, 22. Sept. (Tel.) Wie Dr. Schener mitteilte, ist mit der nächsten Fahrt des „Graf Zeppelin“ für Mittwoch kommender Woche zu rechnen. Inzwischen ist man dabei, die Ergebnisse der Untersuchungen bei der letzten Fahrt durchzuarbeiten. Vor allen Dingen handelt es sich darum, daß der Luftzug, der durch die arbeitenden Propeller verursacht wird, etwas abgeleitet wird. Dr. Schener hofft für Dienstag mit diesen Arbeiten fertig zu sein. Nach der Mittwochsfahrt dürfte der „Graf Zeppelin“ voraussichtlich eine große Fahrt nach Norddeutschland machen und dabei auch der Reichshauptstadt einen Besuch abstatten. Wenn es möglich ist, sollen auch Dresden und Breslau berührt werden.

Besuch eines hilenischen Schulkiffes in Kiel

Wien, 22. Sept. (Tel.) Heute vormittag 9 Uhr lief das hilenische Schulkiff „General Bagreban“, von seinem Besuch der schwedischen und dänischen Hauptstadt zurückkehrend, zu mehrtägigem Aufenthalt im Kieler Hafen ein. Das Schiff hat eine Besatzung von 347 Mann und steht unter dem Kommando des Fregattenkapitäns Julio Alard.

Die Pariser Reise Zaleski

Wien, 22. Sept. (Tel.) „Volonté“ beschäftigt sich mit dem Zweck der Reise des polnischen Außenministers Zaleski. Das Blatt schreibt: Die polnische Presse veröffentlicht seit einigen Tagen für Briand unangenehme Kommentare, der beschuldigt wird, zu den Verhandlungen über die Rheinlandräumung nicht einen Vertreter Paris' hinzugezogen zu haben. Sie kündigt an, Zaleski sei nach Paris gekommen, um eine Rolle in der großen endlich eingeleiteten Verhandlung zu spielen.

„Volonté“ schreibt hierzu: Die mit Frankreich befreundeten Polen müssen aufhören, sich über die Art der Politik, die Frankreich betreibt, eine falsche Vorstellung zu machen. Ihre Tendenz geht dahin, anzunehmen, daß Frankreich nichts ohne sie in Osteuropa tun könne, weil sie Wert darauf legen, ein Frankreich angenehmes Hindernis zwischen ein gesichertes Deutschland und ein Rußland zu legen, das von gewisser Seite als Frankreich-feindlich hingestellt wird. Das ist vielleicht die Auffassung des Frankreichs Millierands, aber nicht die des Frankreichs Briands. Die deutsch-französische Annäherung ist uns wenigstens ebensoviel wert, wie die französisch-polnische Freundschaft.“

Das Wahlergebnis in Schweden

Wien, 22. Sept. (Tel.) Das vorläufige Endergebnis der Wahlen zur Zweiten Kammer stellt sich folgendermaßen: Konservative 73, Bauernbund 27, Liberale 4, Freisinnige 28, Sozialdemokraten 9, Kommunisten 8 Sitze. Die Sozialdemokraten verloren 15 Sitze, die Unabhängigen Freisinnigen 1, die Konservativen gewannen 8, der Bauernbund 4 und die Kommunisten 4 Sitze. Die Konservativen erhielten insgesamt 685 000 Stimmen gegen 461 000 im Jahre 1924. Der Bauernbund erhielt 262 000 Stimmen gegenüber 190 000, die Liberale 75 000 gegenüber 70 000, die Freisinnigen 308 000 gegenüber 229 000, die Sozialdemokraten 862 000 gegenüber 727 000, die Kommunisten 150 000 gegenüber 90 000 bei den letzten Wahlen.

Die Außenpolitik Rußlands

Wien, 22. Sept. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) (Tel.) Nach der Beendigung der Manöver hielt Volkskommissar Worschilow im Stadtpark von Kiew eine Rede, in der er darauf hinwies, daß die Beziehungen der Sowjetunion zu Rumänien und Polen in den letzten Jahren gespannt geblieben seien. Es sei eine Reihe schwerer Konflikte mit Polen entstanden, und nur durch ein System friedlicher Maßnahmen sei es der Sowjetregierung gelungen, eine gewisse Entspannung herbeizuführen. Die Sowjetunion sei bereit von jeder das am meisten bevorzugte Objekt aggressiver Gelfühle Bolens. In den Beziehungen zu Deutschland trete eine Besserung zutage. Durch den Beitritt der Sowjetunion zum Kellogg-Pakt habe sie einen Beweis für ihren aufrichtigen Friedenswillen gegeben. In gewissem Grad sei der Pakt eine moralische Verpflichtung der bürgerlichen Regierungen gegenüber den breiten Massen. Die Sowjetregierung sehe sich gezwungen, gewisse Mittel zur Unterhaltung des Heeres auszugeben, da sie keine Gewähr dafür sehe, daß sie nicht angegriffen werde. Die rote Armee verfüge über eine technische Ausrüstung, die derjenigen der nächsten Nachbarstaaten nicht nachstehe.

Die Reise Chamberlains

Wien, 22. Sept. (Tel.) Sir Austen Chamberlain und seine Begleiter sind heute an Bord des Dampfers „Präsident Adams“ nach Kalifornien abgereist. Sie hatten den größten Teil des gestrigen Tages dazu verwendet, unter Führung der Kanalbeamten den Panamakanal zu besichtigen. Frau Chamberlain war nach den Ruinen der alten Stadt Panama gefahren, die im 17. Jahrhundert durch den berühmten Vorkämpfer Denny Morgan im Kampf gegen die Spanier zerstört wurde. Der Minister erklärte, er würde sich aufrecht wohl befinden, wenn nicht von Zeit zu Zeit heftige Föhnstürme ihn plagten.

* Die Deutschnationalen

Die Zwistigkeiten innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei sind keineswegs überwunden. Die Tatsache, daß der Reichstagsabgeordnete Lambach nach dem Spruch des obersten Parteigerichts weiter in der Partei verbleiben darf, hat die Entrüstung aller der deutschnationalen Kreise erregt, die von einer zeitgemäßen Entwicklung nichts wissen wollen und einen ganz einseitigen Parteistandpunkt einnehmen. Vor allem will sich Herr Eugen-berg mit dem Spruch der obersten Instanz durchaus nicht zufrieden geben: Der Kampf gegen Lambach und seine Gefinnungsgenossen soll fortgesetzt werden. Das hat nun wieder bei der Gegenpartei begriffliche Verstimmung erregt und als Reaktionserscheinung den Wunsch erzeugt, nunmehr ein Verfahren gegen Herrn Eugen-berg auf Ausschluß aus der Partei einzuleiten.

Sehr bedenklich war die offizielle Forderung der Konservativen, die bekanntlich eine Sonderexistenz im Rahmen der Deutschnationalen Volkspartei führen, man möge sich trotz aller Entscheidungen der Parteigerichte von Herrn Lambach lossagen und eine eindeutige Erklärung für den Monarchismus abgeben. Die Parteileitung hat es einstweilen abgelehnt, sich diesem Diktat der Konservativen zu fügen.

Reinlich für die Deutschnationale Volkspartei sind die Angriffe, die sich der Vorjüngliche des Alldemokratischen Verbandes, Justizrat Glah, auf der Blaueiner Tagung gegen den Reichspräsidenten, Herrn von Hindenburg, geleistet hat. Herr von Hindenburg habe seine Aufgabe als Ketter Deutschlands nicht erfüllt, er habe die Außenpolitik Stresemanns hingenommen und zuletzt sogar einen Sozialdemokraten, Herr Herrmann Müller, zum Reichskanzler berufen. Der Alldemokratische Verband steht den Deutschnationalen sehr nahe, und deshalb können der Partei derartige Entgleisungen nicht gleichgültig sein.

Auch die Tatsache, daß neuerdings der Stahlhelm in überaus heftiger Formulierung seine Abneigung gegen den neuen Staat bis zu den Gefühlen schonungslosen Hasses gesteigert hat, muß deshalb den Deutschnationalen unangenehm sein, weil ja auch der Reichspräsident, Herr von Hindenburg, Repräsentant und Diener, ja sogar oberster Repräsentant und Diener dieses Staates ist.

Es war vorauszu sehen, daß die deutschnationale Parteileitung versuchen würde, den Zwist in den eigenen Reihen durch Ablenkungsmanöver einigermaßen zu beschwichtigen. Als bekannt wurde, daß die Deutschnationalen es abgelehnt hätten, Mitglieder ihrer Partei als Delegierte mit nach Genf zu schicken, wußte man, was nun kommen würde. Nur dann, wenn Briand in Genf der deutschen Delegation die sofortige Totalräumung des besetzten Gebietes fest versprochen hätte, hätten sich die Deutschnationalen vielleicht zurückhalten lassen. Da die Zusicherung nicht gegeben wurde und nach Lage der Dinge wohl auch noch nicht gegeben werden konnte, benutzte die deutschnationale Presse jetzt die Gelegenheit, um die jetzt amtierende Reichsregierung zu verdächtigen. Zwar machte ihr die mannhafte Rede Herrmann Müllers in Sachen der Abrüstung zunächst einen Strich durch die Rechnung. Aber man setzte sich sehr bald über den Eindruck, den diese Rede auch auf deutschnationale Gemüter gemacht hatte, hinweg, und erging sich in Artfeln, die alle auf ein Leitmotiv abgestimmt waren: die deutsche Reichsregierung ist zu schlapp und gibt die „nationalen Belange“ preis.

Wir haben es nicht nötig, an dieser Stelle nochmals das Unsachliche und Unberechtigte einer solchen Kampfweise zu beweisen. Bedauerlich bleibt höchstens das eine, daß eine Partei, welche die bisherige Außenpolitik unter für uns gewiß nicht glorreichen Umständen mitgemacht hat, jetzt, wo einmal ein deutscher Reichskanzler entscheiden aufgetreten ist, und sich vielleicht die Aussicht auf eine Besserung der Lage eröffnet, diese Außenpolitik in Grund und Boden verurteilt und die Männer, die sie vertreten, beinahe als Vaterlandsverräter brandmarkt. Das ist eine unvornehme Kampfsmethode. Erklärt wird sie allerdings dadurch, daß die Deutschnationalen eben hoffen, durch dieses Schimpfen auf einen Dritten die Zwistigkeiten im eigenen Lager zu verringern. Ob der Versuch Erfolg haben wird, bleibt einstweilen zu bezweifeln. Die übrigen Parteien haben jedenfalls keine Veranlassung, sich durch die aufgeregte Agitation der Deutschnationalen irgendwie beirren zu lassen.

Mit der Beilage: Badische Wohlfahrtsblätter Nr. 6

Der deutsche Außenhandel im August

Starker Rückgang des Einfuhrüberschusses

Der deutsche Außenhandel zeigt im August im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuß von 58 Millionen Reichsmark gegen 268 Millionen Reichsmark im Vormonat. Die starke Verminderung des Einfuhrüberschusses beruht sowohl auf einer Abnahme der Einfuhr, als auch auf einer Zunahme der Ausfuhr.

Die Abnahme der Einfuhr in Höhe von 99,1 Mill. Reichsmark entfällt fast ganz auf Rohstoffe und halbfertige Waren und Lebensmittel und Getränke. Die Einfuhr von Fertigwaren ist nur wenig vermindert, die Einfuhr von lebenden Tieren hat sogar etwas zugenommen. Die Ausfuhr ist um 111,7 Mill. Reichsmark auf 1025,8 Mill. Reichsmark gestiegen; sie liegt damit um 4,2 Mill. Reichsmark über ihrem bisher höchsten Stand im März d. J. An der Zunahme sind überwiegend Fertigwaren, verhältnismäßig stark aber auch Rohstoffe und halbfertige Waren beteiligt. Die Ausfuhr von Lebensmitteln und Getränken, sowie von lebenden Tieren ist dagegen kaum verändert.

Im einzelnen ist folgendes zu berichten: Die Abnahme der Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken beruht in erster Linie darauf, daß die Einfuhr bei gewissen Waren, insbesondere bei Kaffee und Kakao im Juli infolge von Terminabrechnungen im Niederlageverkehr überhöht war. Abgenommen hat insbesondere die Einfuhr von Weizen (7,7 Mill. Reichsmark), Roggen (4,8 Mill. Reichsmark), Gerste (2,2 Mill. Reichsmark), sowie von Kartoffeln (5,0 Mill. Reichsmark) und von Süßrüben (4,7 Mill. Reichsmark). Zugenommen hat vor allem die Einfuhr von Obst (10,0 Mill. Reichsmark), von Mais (5,6 Mill. Reichsmark) und von Speisebohnen, Erbsen usw. (3,1 Mill. Reichsmark). Bemerkenswert ist ferner, daß auf die starke Abnahme der Einfuhr von Eiern im Juli eine noch stärkere Zunahme (um 11,6 Mill. Reichsmark) im August folgte. Auch bei Rohstoffen und halbfertigen Waren ist die Abnahme der Einfuhr zu einem erheblichen Teile dadurch bedingt, daß die Einfuhrziffer im Juli infolge der Terminabrechnungen stark erhöht war. Hieraus erklärt sich vor allem der Rückgang in der Einfuhr von Mineralölen (23,7 Mill. Reichsmark); aber auch die Verminderung der Einfuhr von Eisen und Stahl (5,9 Mill. Reichsmark) und von nicht-haltigen Sämereien (5,0 Mill. Reichsmark) dürfte größtenteils darauf zurückzuführen sein.

In der Ausfuhr erklärt sich die verhältnismäßig große Zunahme bei Rohstoffen und halbfertigen Waren überwiegend aus Saisongründen; sie entfällt nämlich zum größten Teil auf Düngemittel wie schwefelsaures Ammoniak (13,0 Mill. Reichsmark), Kalisalze (5,3 Mill. Reichsmark), Kalisulphat, Gärstoff (2,4 Mill. Reichsmark). An der Zunahme der Ausfuhr von Fertigwaren in Höhe von 80,0 Mill. Reichsmark sind insbesondere solche Waren beteiligt, bei denen Saisoninflüsse eine große Rolle spielen. So erklärt sich vor allem die Steigerung der Ausfuhr von Textilfertigerwaren (25,0 Mill. Reichsmark), von chemischen Erzeugnissen (7,0 Mill. Reichsmark), von Kinderpielzeug (4,5 Mill. Reichsmark) und von Pelzen und Pelzwaren (3,7 Mill. Reichsmark). Da im übrigen an der Zunahme der Ausfuhr sehr viele Positionen beteiligt sind, ist anzunehmen, daß sie außerdem durch die Entwicklung der inländischen Konjunktur mitbedingt ist. Zugenommen hat besonders die Ausfuhr von Holzwerkzeugen (9,7 Mill. Reichsmark), von elektro-technischen Erzeugnissen (5,2 Mill. Reichsmark) und von Waren aus Kupfer (3,9 Mill. Reichsmark). Bemerkenswert ist, daß die Ausfuhr von Maschinen, die bereits im Juli eine Abnahme zu verzeichnen hatte, auch diesmal wieder zurückgegangen ist (2,4 Mill. Reichsmark).

Der französische Luftfahrtminister gegen Reformveruche. Luftfahrtminister Guinac hat, wie aus Paris gemeldet wird, beschlossen, jeden Flugreformvorschlag bis auf weiteres zu untersagen.

120 Millionen für den Hamburger Hafen. Der drohenden Gefahr, daß der Hamburger Hafen veraltet und den Erfordernissen des veränderten Weltverkehrs nicht mehr genügt, soll durch einen umfangreichen Ausbau des Hafens mit großen neuen Hafenanlagen begegnet werden. Die Kosten belaufen sich insgesamt auf 120 Millionen Reichsmark.

Verlegung des Tarifstreiks in der Herrenkonfektion. Der in dem Streik der deutschen Herren- und Knabenbekleidungsindustrie ergangene Schiedsspruch vom Mittwoch ist von beiden Parteien angenommen worden.

Karlsruher Konzerte

Auch in diesem Jahr hat die Konzertdirektion Kurt Neufeld mit ihren Kammermusikabenden anscheinend Glück. Die jetzt jeweils nur einem Komponisten gewidmeten Veranstaltungen deuten zwar auf eine leichte Veränderung des Arrangements, zeigen aber in der Wahl der sogenannten „Attraktionen“, d. h. ebenso bei der vorzüglichen Auslese der Werke wie bei den herangezogenen Quartettvereinigungen, die geschickte Hand und den guten Geschmack des Unternehmers. Mag beides auch zunächst aus geschäftlichen Rücksichten resultieren, so ist doch immerhin und erneut zu betonen, daß diese sechs Kammerkonzerte Neufelds einen wesentlichen Bestandteil unsres örtlichen Musiklebens bilden und dementsprechend ihre große Beliebtheit beim Publikum sehr wohl rechtfertigen.

Nach solchen mehr allgemeineren Handbemerkungen, die zur Klarlegung der Situation wieder einmal vorausgeschickt sein mögen, hat die Kritik des ersten Konzertes sich mit dem **Quartett** auseinandergesetzt, das ausnahmslos Beifall findet. Es war im ganzen ein Abend von tiefergreifender Schönheit, wenn man auch im Hinblick auf die Überlastung der Vortragsfolge am Ende mehr erschöpft als erbaud heimkehrte. Drei Beethoven-Quartette sind allerdings an sich kaum zu viel, wenn jedoch in deren Mitte ein so gewaltiges Spätwerk, wie das op. 131 steht, hört man selbst diese herrliche Musik nicht ohne peinigenden Eindruck. Dabei hatten die ausgezeichneten Spieler schon bei dem entzückenden B-Dur-Werke (op. 18, Nr. 6) intensive Fühlung mit der Zuhörerschaft gewonnen und die Eindringlichkeit der Wirkung durch die Klarheit ihrer Tonsprache und durch gesundes Pathos (besonders in der berühmten „Maconia“) bis zum Letzten fast gesteigert. Daß es ihnen gelang, die Steigerungslinie unter atemloser Anteilnahme der Hörer danach nochmals aufzuheben, zu erhöhen, sei ihnen mit nachdrücklichem Lob gedankt und dabei besonders das Verdienst Professor Adolf Buschs hervorgehoben, der die Cis-Moll-Partitur bis in die feinsten Kleinigkeiten hinein kennt und seinen Genossen ein wirklich genialer Führer ist. Ich muß gestehen, daß ich mir nach dieser ausgereiften Darbietung den Genuß des noch folgenden op. 69 Nr. 3 größtenteils verlagte. Richtiggemäß absolvierte ich wenigstens noch den ersten Satz, um immerhin hier bestätigen zu können, daß auch dessen temperamentvolle Auslegung vom Konventionellen erheblich abwich, dann aber zwang mich zuletzt die drückende Schwüle, die im Eintraktmaß herrschte und der endlich einmal durch bessere Ventilation abgeholfen werden sollte, zum schleunigen Aufbruch. Dem von prachtvoller Vitalität durchströmten und von edelster Klangqualität (vier Stradivarius-Instrumente!) getragenen Musikern folgte selbstverständlich rauschender Beifall. G. Sch.

Fortschrittende Genesung Stresemanns

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, der parteiamtliche Pressedienst der Deutschen Volkspartei, bestätigt die erfreulichen Nachrichten über die fortschreitende Genesung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann. Bei der letzten ärztlichen Beratung, die vor etwa 8 Tagen stattfand, ist seitens Geheimrat Krehl ausgesprochen worden, daß der Minister noch bis Ende Oktober im Urlaub bleiben soll. Dr. Stresemann selbst, der sich täglich kräftiger fühlt, hat den Wunsch, sobald wie möglich sein Amt wieder anzutreten.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt weiter: Wer eine baldige Abnahme des Amtes durch den Reichsaußenminister wünscht, muß mit dafür sorgen, daß seine Erholungszeit in Baden-Baden nicht unnötig beschwert wird. Dann rechnen wir für den Spätherbst mit einer Wiederaufnahme seiner Amtstätigkeit als einer gegebenen Tatsache. Den genauen Zeitpunkt allerdings haben die Ärzte zu bestimmen.

Die deutschen Bischöfe und der Friedensgedanke

Der „Katholische Anzeiger“ der Erzdiözese zu Köln veröffentlicht eine Kundgebung der **Fuldaer Bischofskonferenz**, in der es heißt:

„Es ist außerordentlich erfreulich, daß das Verlangen des Volkes nach Völkerrfrieden immer lauter und lebendiger Ausdruck findet. Weniger durch einzelne feierliche Veranstaltungen, als durch die stille Einwirkung der führenden Männer im Volk und durch zielbewußte Arbeit der Presse wird das Friedensverlangen denjenigen Einfluß auf die öffentliche Meinung und die verantwortlichen Stellen finden, von dem die Gestaltung der Zukunft abhängt. Diesen Erwägungen ist die Resolution entsprochen, die die Fuldaer Bischofskonferenz am 8. August 1928 in den Worten ausgesprochen hat: „Friedensförderung und verwandte Bestrebungen.“

„Vom Episkopat werden Bestrebungen, die im Geiste Benedikts XV. (daß die Völker sich wieder in Liebe zusammenfinden) und Pius XI. (Christi Friede in Christi Reich), den Ausgleich der Gegensätze unter den Nationen und Ständen herbeizuführen suchen, herzlich begrüßt. An die katholischen Organisationen wird ein warmer Appell zur Unterstützung dieser Bestrebungen gerichtet werden.“

Die Betriebsicherheit bei der Reichsbahn

Der von dem Reichsverkehrsminister eingesetzte **Ausschuß zur Prüfung der Betriebsicherheit** bei der Reichsbahn teilt mit, daß in der Presse verbreitete Darstellungen über seine Arbeiten nicht dem Ergebnis seiner Untersuchungen entsprechen. Die Mitglieder des Ausschusses stehen dieser Veröffentlichung fern. Die Ausführungen in der Presse tragen einen tendenziösen Charakter. Es werden unberechtigt Einzelheiten herausgehoben und in irreführender Weise mit den tatsächlichen Verhältnissen zusammengehangelt, so daß der Eindruck entstehen muß, wie wenn eine Betriebsunsicherheit bei der Reichsbahn vorliege. Das entspricht nicht dem Ergebnis der Untersuchungen des Ausschusses. Der Ausschuß hält zur Zeit seine Schlussberatungen ab. Er wird nach ihrem Abschluß die Öffentlichkeit rechtzeitig orientieren.

Die österreichische Heimwehr und die Sozialdemokratie

Für den 7. Oktober haben die österreichische Heimwehr und Selbstschutzorganisationen eine Kundgebung in **Wiener-Neustadt** bei Wien angesetzt. Die Sozialdemokratie hatte ein Verbot verlangt. Als die Regierung es nicht erteilte, kündigte sie für den gleichen Tag eine **Gegendemonstration des Republikanischen Schutzbundes** in Wiener-Neustadt an.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ schreibt: Die Parole lautet: „Am 7. Oktober alle Arbeiter auf die Wiener Waid nach Wiener-Neustadt! Denkt an Italien! Wir werden es nicht soweit kommen lassen. Wir werden den Faschismus in Österreich nicht groß werden lassen. Weiter teilt das Blatt mit, daß die Zentraleitung des republikanischen Schutzbundes bei den Bundesbahnen 17 Sonderzüge für den Transport des Schutzbundes bestellt habe und daß Verhandlungen wegen eines weiteren Transportes von 50 000 bis 60 000 Arbeitern im Gange seien. Insgesamt wird von den Vätern die Teilnehmerzahl an der Arbeiterkundgebung auf 200 000 geschätzt. Wie die Wiener Blätter berichten, wurde ein kommunistisches Flugblatt beschlagnahmt, welches die Eisenbahner auffordert, keine Heimwehrleute zu befördern. Am Dienstag finden weitere Verhandlungen des niederösterreichischen Landeshauptmanns statt, um die Ruhe und Ordnung während der beiden Kundgebungen am 7. Oktober sicherzustellen.

Enthüllungen über das britisch-französische Marineabkommen

Amerikanische und englische Blätter veröffentlichen einen Brief, der vom französischen Auswärtigen Amt an die französischen Vorgesetzten gerichtet wurde. Eine amerikanische Zeitung überschreibt ihren Artikel: „Zwei Nationen im Vertrag gegen die Vereinigten Staaten.“

Der Brief enthält die Mitteilung, daß Frankreich auf die Festsetzung einer Gesamttonnage verzichte, dafür aber die Vorechte erhalten habe, eine unbeschränkte Anzahl kleiner **Tauchboote** zu bauen. Dieser Rodus entspreche auch den Wünschen der japanischen Marine. Auf Englands Wunsch hin sei ferner die Beschränkung des Baues kleiner Kreuzer und der Verwendung sechszölliger Geschütze aufgehoben worden. Dadurch werde Englands Stärke in dieser Waffe erheblich vermehrt, da es viel mehr in Hilfskreuzer umwandelbare und für die Bestückung mit sechszölligen Geschützen geeignete schnelle Handelsdampfer besitze als die Vereinigten Staaten. In Zukunft soll nur der Bau der großen Kreuzer und der großen **Tauchboote** beschränkt sein und man hoffe, daß auch Italien die Vorteile dieser Regelung einsehen werde. Aber die angeblichen britischen Zugeständnisse in Betreff der französischen Landreserven, von denen in der Presse oft die Rede war, sagt der französische Gesandte, soweit er veröffentlicht wird, nichts.

In Londoner amtlichen Kreisen gibt man zu, daß die Einzelheiten über die britisch-französischen Flottenvorschlüge im wesentlichen zutreffen, die den Regierungen der Vereinigten Staaten, Japans und Italiens mitgeteilt wurden. Japan habe ihnen bereits im Grunde zugestimmt, und Italien sei ebenfalls dazu bereit.

Ein deutscher Kredit für Südlawien. Wie der Belgrader Vertreter des „V. T.“ meldet, hat Finanzminister Subotitsch ihm erklärt, Südlawien habe das Angebot der deutschen **Vereinigten Stahlwerke** für eine Hundert-Millionen-Reichsmark-Anleihe angenommen. Diese soll in dem für Bau und Verbesserung von Eisenbahnen und Bahnmateriale bestehen. Die Rückzahlung der 7prozentigen Anleihe soll nach 10 Jahren zu pari erfolgen.

Maßregeln gegen Gewerkschaften in Lettland. Durch Urteil des Appellationsgerichts in Riga sind das Zentralbüro der lettischen Gewerkschaften sowie sechs dem Gewerkschaftsverband angeschlossene Organisationen verboten worden, da es sich um kommunistische Organisationen handele, die am 22. August den Versuch gemacht haben, einen Generalstreik herbeizuführen.

Stegerwald für die deutschen Grenzgebiete

Der Führer der christlichen Gewerkschaften, der frühere preussische Ministerpräsident Adam Stegerwald, sprach auf der Hauptversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes von Deutschland in Saarbrücken über seine politische Haltung. Die Grenzlandfragen seien, so betonte Stegerwald u. a., für Deutschland von überragender Bedeutung. Der Versailler Vertrag, der im Westen eine entmilitarisierte Zone geschaffen hat und im Osten von Deutschland den ihm nicht sehr freundlich gesinnten polnischen Staat, habe ohne Zweifel zur Folge, daß bei der unsicheren Lage in Europa die meisten Industrien und Gewerbe sich in Mitteldeutschland ansiedeln auf Kosten der Grenzgebiete. Dem zu begegnen, muß die Wirtschaft in den Grenzgebieten durch gewisse **Vergünstigungen** gefördert werden. Für die nächsten zehn Jahre müsse das Ministerium für die besetzten Gebiete zu einem Ministerium für die Grenzgebiete umgewandelt werden, damit die wirtschaftlichen und volkspolitischen Fragen nach einheitlichen Gesichtspunkten behandelt werden.

Freie Ufer am freien Wasser!

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages hat einen Antrag eingebracht, in dem es heißt: Die Bodenbestrebungen bringen die **Seeufer** in große Gefahr. Kapitalistische Kreise versuchen, die Seeufer und die schönsten Strandpartien in ihre Hand zu bringen. Dadurch wird die erwerbstätige erholungsbedürftige Bevölkerung von den Seeufern ferngehalten und vertrieben. Die Gefährdung der verarbeitenden werktätigen Bevölkerung erfordert u. a. auch die Pflege des Wasserports. Es muß daher unter allen Umständen erreicht werden, daß der Zutritt zu den Seeufern nicht unterbunden wird. Wir beantragen daher, der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu eruchen,

1. durch geeignete Maßnahmen der erholungsbedürftigen Bevölkerung die Benutzung der Seeufer zu Sport- und Badezwecken durch Schaffung einer hinreichenden breiten Uferpromenade zu erhalten,
2. die Kommunalverbände und die Gemeinden anzuweisen, durch Anwendung des Gesetzes zur Erhaltung des Baumbestandes und zum Schutze der Uferseege und ähnlicher gesetzlicher Bestimmungen im gleichen Sinne zu wirken.

Die Wahlen in Dänemark

Die am 14. d. M. gewählten Wahlmänner, die die Neubestimmung der Hälfte der Landstingmandate in Höhe von 28 bestimmen sollen, nahmen — wie aus Kopenhagen gemeldet wird — die **Wahl der Abgeordneten** vor. Die Stärkeverhältnisse der Parteien im Landsting bleiben unverändert, abgesehen davon, daß die gemäßigten Linke einen Sitz an die Sozialdemokraten abgeben mußte. Zur Bestimmung eines Mandats sind 57 Stimmen erforderlich. Da die Deutsche Schleswiger Partei nur 27 Wahlmänner erreicht hat, befindet sich also auch nach den Ergänzungswahlen im Landtag kein deutscher Abgeordneter.

Der Streik in den Textilfabriken von Lodz wurde, wie aus Warschau gemeldet wird, am Freitag beendet. Auf Grund der Entscheidung des Schlichters haben die Gewerkschaften den Generalstreik widerrufen. Die Wiederaufnahme der Arbeit in den Textilfabriken ist für den heutigen Samstag angeordnet.

Politische Schlägereien in Berlin. Zu einer blutigen Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam es nach vorhergegangenem Wortwechsel Freitagabend kurz nach 11 Uhr in der Gegend der **Dankshäuser** im Südostteil Berlins. Hierbei wurden zwei Personen durch Messerschläge schwer verletzt. Am Tatort wurden später ein Dolch und ein Taschenmesser gefunden, die von den Tätern benutzt worden sind. Sechs Personen wurden festgenommen.

Der neue **Völkerverbundskommissar für Danzig**. Der Völkerverbundsrat hat Freitag nachmittag in geheimer Sitzung den italienischen Diplomaten **Conte Gravano** zum Nachfolger des Völkerverbundskommissars in Danzig, von Samel, ernannt, dessen Mandat am 22. Februar 1929 begonnen hat und nach Genehmigung einer viermonatigen Verlängerung bis 21. Juni 1929 läuft. Der neue Völkerverbundskommissar wird also am 22. Juni nächsten Jahres das Amt des Völkerverbundskommissars in Danzig antreten.

Ablehnung der Verfassungsänderung in Danzig. Im Danziger Landtag stand am Freitag der Gesetzesentwurf über die Verfassungsänderung zur 3. Lesung. Nachdem die Kommunisten erklärt hatten, daß sie auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren und sich der Stimme enthalten würden, konnten die Regierungsparteien nicht mehr die notwendige Zweidrittelmehrheit aufbringen. Mit insgesamt 73 Stimmen wurde der Gesetzesentwurf abgelehnt. Nach den vorliegenden Parteierklärungen kommt nunmehr nur noch ein **Volkentscheid** über die Verfassungsreform in Frage.

Kapitulation der letzten nordchinesischen Streitkräfte. Die Reste der Nordtruppen haben sich in Anshan an der mandchurischen Grenze dem mandchurischen Befehlshaber, General Jangguting, ergeben. Die Tatsache, daß Jangguting mit den Kantingtruppen zusammengearbeitet hat, um die letzten nordchinesischen Streitkräfte aus der Welt zu schaffen, zeigt, wie stark der Einfluß der von der Kantingregierung vertretenen Idee auch in der Mandchurie ist. Mit der Waffenstreckung hat der Feldzug zur **Eröberung Gefandians**, der in Kanton im Juli 1928 begann, seinen **Abschluß gefunden**.

Verschiedenes

Der erste Schnee

pr. Berlin, 22. Sept. (Privattelegr.) Die Temperatur im Riesengebirge ist, wie man der „V. Z.“ aus Krummhübel meldet, bis auf 1 Grad unter Null zurückgegangen. In den frühen Vormittagsstunden setzte **leichter Schneefall** ein, der noch anhält. Vorläufig bleibt der Schnee aber noch nicht liegen.

Der Astenflug Hünefelds

Das deutsche Flugzeug „Europa“ ist am Freitag in **Quidich** (Persien) gelandet. Freiherr v. Hünefeld hofft, heute nach Karatschi weiterfliegen zu können.

Die Sturmverheerungen in Florida

W.D. New York, 22. Sept. (Tel.) In einem Bericht aus Okeechobee City in Florida führt der Hauptmann der Nationalgarde, der mit den Rettungsarbeiten in diesem Abschnitt der Sturmzone beauftragt wurde, aus, daß bis zum Freitag mittag in dieser Zeitzone 544 Tote ausgezählt wurden. Die **Gesamtzahl der Toten** in diesem Abschnitt wird auf 1500 geschätzt, so daß sich die Verluste an Toten in der gesamten Sturmzone auf 2500 belaufen werden. Wegen der großen Zahl der Leiden war es notwendig, viele auf Küstenlüttern auf das Meer hinauszubringen und sie dort zu verfenken. Die zahlreichen Leichen und Tierkadaver machen die Lage im Sturmgebiet unerträglich. Es werden Inzuchtimpfungen so weit wie möglich auch im Hinterlande der Sturmzone vorgenommen, da die Überschwemmungen und die Hitze die Ausbreitung von Epidemien begünstigen.

Badischer Teil

Die „Mannheimer Volksstimme“

nimmt unseren Leitartikel „Sozialdemokratie und Wehrmacht“ (Nr. 219) zum Anlaß, um uns als Zeitung anzugreifen. Es geschieht das in einem mit S. S. gezeichneten Artikel. Ist uns schon in rein sachlicher Beziehung nicht recht klar geworden, was die „Mannheimer Volksstimme“ eigentlich will, so zwingt uns der auf dem Niveau der Unanständigkeit stehende Ton der Auslassung, von einer Entgegnung abzusehen.

Nur die eine Bemerkung möchten wir uns gestatten: die „Karlsruher Zeitung“ vertritt die Interessen einer Regierung, welcher auch die Partei der „Mannheimer Volksstimme“ angehört. Die „Karlsruher Zeitung“ dient fernerhin seit 1918 derselben Sache, der auch die „Mannheimer Volksstimme“ und alle andern republikanisch gesinnten Blätter dienen, nämlich der Sache des neuen Staates. Da die „Mannheimer Volksstimme“ schon oft genug die Art und Weise dieser unserer Tätigkeit beifällig begrüßt hat und selten versäumt, uns ihre eigenen Auffassungen, die ihr besonders beachtenswert erschienen, auszusenden, berührt der jegliche Angriff doppelt eigentümlich. Die Tatsache, daß die „Mannheimer Volksstimme“ sich in ihrem mit S. S. gezeichneten Artikel noch extra bemüht, die „Karlsruher Zeitung“ in den Augen der Mannheimer Leser durch Beschimpfungen herabzusetzen, ist jedenfalls nach Lage der Dinge geradezu eine politische Ungeheuerlichkeit und Dummheit.

Vom gewerblichen Fachschulwesen

Im Hinblick auf die hohe Bedeutung, die den gewerblichen Fachschulen in unserem Wirtschaftsleben zukommt, dürfte es von allgemeinem Interesse sein, einige Ausführungen über die Verhandlungen des Badischen Landtags bei Beratung über den Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1928 und 1929 und zwar Hauptabteilung V, Ministerium des Kultus und Unterrichts, zu machen.

Im Schuljahr 1926/27 wurden unsere 74 Gewerbeschulen von 33 708 Pflichtschülern besucht. Außerdem haben die freiwilligen Fachkurse im Jahre 1927/28 in 466 Kursen über 9000 Teilnehmer aus den Gruppen der Gefellen, Gehilfen und Facharbeiter der verschiedensten Berufe aufgenommen und weitergebildet. Hierzu kommen noch die Höheren Gewerbeschulen in Karlsruhe und Mannheim, ferner die Goldschmiedeschule in Forstheim, sowie die Uhrmacherschule und die Schnitzerschule mit Schreinerabteilung in Furtwangen. Es dürfte möglich sein, im Laufe des nächsten Sommers mit Unterstützung des Landesgewerbeamts die Lehrmittel und Arbeiten der beiden Schwarzwalder Fachschulen in der Landesgewerbehalle in Karlsruhe vorzuführen, um einem größeren Kreise das ganze Wesen, die Leistungsfähigkeit und die Wirksamkeit dieser für die Schwarzwaldbauindustrie wichtigen Fachschulen zu zeigen.

Sowohl im Haushaltsauschuss wie bei den öffentlichen Verhandlungen im Landtag haben die gewerblichen Fachschulen von allen Seiten eine sehr günstige Beurteilung erfahren. Der Leistungsfähigkeit und Wirksamkeit dieser Schulgattung wurde Lob und Anerkennung gesollt.

Das badische gewerbliche Fachschulwesen gehört nach Alter und Einrichtung zu den vorbildlichsten im Reich und war für Württemberg und andere Länder, die erst später das gewerbliche Schulwesen regelten, ein Vorbild. Die Organisation unserer Gewerbeschulen ist in den letzten Jahren durch verschiedene Maßnahmen außerordentlich gefördert worden. Es wurde allgemein erfreulich zum Ausdruck gebracht, daß sich die Gewerbeschulen den modernen Anforderungen angepaßt haben. Ganz besonders wurde begrüßt, daß ein besonderer Fachunterricht (Berufstatistikunterricht), der von geeigneten Meistern erteilt wird, immer mehr und mehr bei den Gewerbeschulen Eingang findet, und daß die hierfür erforderlichen Lehrgänge in engstem Benehmen mit maßgebenden örtlichen, gewerblichen und industriellen Kreisen sowie den Berufsverbänden aufgestellt werden.

Wenn es als außerordentlich wünschenswert bezeichnet wurde, daß wenigstens die größeren gewerblichen Fortbildungsschulen allmählich in Gewerbeschulen umgewandelt werden, so ist zu hoffen, daß das Unterrichtsministerium im Interesse einer geeigneten Fachausbildung des Nachwuchses in Handwerk und Industrie sich diesem berechtigten Wunsche nicht verschließen wird. Industrie und Handwerk haben das größte Interesse an der Aufwärtsentwicklung der gewerblichen Fachschulen.

Zuckerung des Weines

Der Weinherbst 1928

Infolge der günstigen Witterung in diesem Jahre ist damit zu rechnen, daß die Trauben genügend ausreifen werden. Soweit aber eine Zuckerung notwendig erscheinen sollte, ist davor zu warnen, die Verbesserung nach eigenem Gutdünken vorzunehmen. Es empfiehlt sich vielmehr, zuvor sachverständigen Rat einzuholen, schon um sich vor einer etwaigen Bestrafung wegen Übertretung des § 8 des Weingesetzes zu schützen.

Die Abicht, Traubenmost oder Wein zu zuckern, ist dem Bürgermeisterrat anzugeben. Außerdem wird auf die in § 19 des Weingesetzes vorgeschriebene Nachführung hingewiesen. Die Untersuchung von Traubenmostproben seitens der Landw. Versuchsanstalt Augustenberg erfolgt unter nachstehenden Bedingungen:

Ein halbes Liter des Mostes ist in gut verschlossener Flasche unter der Adresse: Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg, Post Grödingen, Baden, oder Bad. Weinbauinstitut Freiburg, Peterhof, einzusenden. Dabei ist die Gemartung, Traubenorte, sowie Lage anzugeben und zu erklären, daß das Erzeugnis naturrein ist.

Der Untersuchungsprobe (frischer Traubenmost) sind zur Verhütung der Gärung auf je 1/2 Liter 5 Tropfen Formalin

(Kopfergelbe Formaldehydlösung) oder 10 Tropfen Essigöl zuzusetzen. Bereits in Gärung befindlichen Mosten muß die doppelte Menge der genannten Konservierungsmittel beigelegt werden. Das Konservierungsmittel ist durch leichtes Schütteln mit der Flüssigkeit in innige Berührung zu bringen. Für die Untersuchung jeder einzelnen Mostprobe wird:

- a) bei frischen, noch nicht in Gärung gekommenen Mosten eine Gebühr von 3 M;
- b) bei Mosten, bei denen schon ein Teil des Zuckers vergoren ist, eine Gebühr von 6 M erhoben.

Diese Gebühr wird badischen Landwirten, die nur ihr eigenes Gewächs kelterten, um ein Drittel ermäßigt.

Vom badischen Jugendherbergswert

Die Jugendherberge in Sigen wurde am 1. Juli 1928 eingeweiht. In den Monaten Juli und August war sie so stark besucht, daß heute über 4500 Übernachtungen festgestellt werden können.

Am 22. Juli 1928 fand auf dem Söhlberg bei Ottenhöfen die Grundsteinlegung statt, und bereits Ende August war die Jugendherberge unter Dach. Wenn weiterhin der Bau so günstig fortschreitet, wird die Jugendherberge wohl zu Beginn des Frühjahres ihre Pforten öffnen können. Auch sonst wurden in verschiedenen badischen Städten dank der Unterstützung der Stadtverwaltung die Jugendherbergen wesentlich verbessert und eingerichtet. Mit beträchtlichen Summen haben folgende Städte ihre Jugendherbergen neu ausgebaut und eingerichtet: Die Stadt Freiburg hat 15 000 M aufgewendet, damit der Peterhof ausgebaut werden konnte. Für 130 Wanderer gibt er jetzt Unterkunft. Tagesraum, Küche und Waschräume mit Brausen fehlen nicht.

Die Stadt Lörrach hat einen Betrag von 3500 M bewilligt und eine neue Jugendherberge eingerichtet. Neustadt im Schwarzwald hat mit 5000 M Aufwand auf dem Rutenberg das Gasthaus zum „Sternen“ ausgebaut. Auch hier ist für 40 Wanderer Unterkunft geschaffen, Tages-, Waschräume und Küche eingerichtet worden.

In Offenburg wurden in zwei Nebengebäulichkeiten der Kaserne eine Jungen- und Mädchenherberge eingerichtet, die den Betrag von 4000 M benötigten. Diese Beispiele werden wohl auch noch in anderen badischen Städten Nachahmung finden.

Weslerlose Rheinbrücke Mannheim—Ludwigshafen

DJ. Mannheim, 22. Sept. Gestern fanden sich im großen Saal der Handelskammer Interessenten aus Schiffahrts- und Verkehrskreisen ein, um zu dem Projekt einer weslerlosen Rheinbrücke Stellung zu nehmen. Es wurde eine Entschliebung angenommen, worin gewünscht wird, daß aus architektonischen und schiffahrtsrechtlichen Gründen die neue Rheinbrücke Mannheim—Ludwigshafen mit einem Bogen und ohne Pfeiler erstellt werden soll. Wenn auch im allen Teil der Brücke die Pfeiler bestehen bleiben, so könne doch mit der Zeit mit einem Umbau gerechnet werden, so daß dann die Mannheim-Ludwigshafener Brücke dem Stand der Technik und den Bedürfnissen der Schiffahrt entsprechen würde.

Aus den Parteien

Die kommunistische Mannheim „Arbeiterzeitung“ meldet: Donnerstagabend fand im großen Mäpferhof zu Mannheim eine Konferenz verschiedener Organisationen statt, die einen Landesauschuss für Volkstentwurf gegen Panzerkreuzerbau und Kriegesgefahr bildeten und einen Aufruf an die badische Bevölkerung herausgaben. Dieser Aufruf wurde unterzeichnet von Vertretern von vier Mannheim Grofbetrieben sowie von folgenden Organisationen: Christlichsozialer Reichspartei, Gruppe revolutionärer Sozialisten, freie sozialistische Jugend, Kommunistische Partei, Kommunistischer Jugendverband, Jungpartaklub, Internationale Arbeiterhilfe, Rote Hilfe, Arbeiterradfahrerverband „Wag auf“, Arbeitergefangenenverein „Freiheit“, Roter Frontkämpferbund, Rote Jungfront, Roter Frauen- und Mädchenbund.

Tagungen

Fachgruppenversammlung der Werkmeister der Zigarettenindustrie. Die Werkmeister der Zigarettenindustrie im Bezirk Nordbaden, Südbaden und Pfalz im Verband deutscher Werkmeister hielten am Mittwoch eine gut besuchte Fachgruppenversammlung in Heidelberg ab. Es wurde hauptsächlich über die Wirtschaft und Tarifpolitik gesprochen und der Verbilligung und Abschließung des Wortes geredet.

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine wird in Mannheim vom 17.—20. Juni 1929 seine Genossenschaftstagung abhalten, zu der etwa 1500 Teilnehmer erwartet werden.

Badischer Handwerbstag. Am Montag, den 1. Oktober, vormittags 8 Uhr, findet in Karlsruhe im Anschluß an die Tagung des Landesvereins „Badische Heimat“ eine Sitzung des Badischen Handwerbstags statt. Die Sitzung wird im großen Maschinenbauwerk der Technischen Hochschule abgehalten.

Bürgermeisterwahlen. Die Bürgermeisterwahl vom 6. d. M. in Redargemünd wurde angefochten. Der Bezirksrat sollte in seiner nächsten Sitzung eine Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl sprechen. Da aber der zum Bürgermeister gewählte Verwaltungsdirektor Georg Mühlh in Oberbach auf seine Wahl und die Aufrechterhaltung seiner Beurlaubung verzichtete, ist die Anfechtung der Wahl hinfällig geworden und der Gemeinderat hat nunmehr die Neuwahl auf 27. Sept. festgesetzt. Es soll diesmal wie bei einer Reichstags- und Landtagswahl verfahren werden, indem die Stimmzettel in einem Nebenraum in einen Umschlag gesteckt und dann dem Vorsitzenden der Wahlkommission abgegeben werden. — Nachdem in Engen bereits zweimal die Bürgermeisterwahl ergebnislos verlaufen war, brachte der dritte Wahlgang die mit Spannung erwartete endgültige Lösung. Syndikus Milner, Mannheim, wurde mit 57 Stimmen, also einstimmig, als Bürgermeister der Stadt Engen gewählt. Der neue Bürgermeister ist geboren in Dossenheim bei Heidelberg und steht im 35. Lebensjahr.

Aus der Landeshauptstadt

Von der Ausstellung „Ruhe und Haus“

Die Arbeiten für die am 29. Sept. 1928 zu eröffnende große hauswirtschaftliche Ausstellung „Ruhe und Haus“ in der städt. Ausstellungshalle sind in vollem Gange. Es sind jetzt sämtliche verfügbaren Räume vergeben. Mehrere reflektierende Firmen konnten leider nicht mehr berücksichtigt werden, da auf Grund früherer Erfahrungen über den Raum so disponiert werden mußte, daß eine breitere Gangfläche erübrigt wird und der Besucher mit Ruhe an den Ausstellungsobjekten verweilen kann.

Wie bereits mitgeteilt, werden während der Ausstellung unausgesetzt mehrere Waschräume mit den neuesten Einrichtungen im Betrieb vorgeführt werden, denen modern ausgestattete Bügelanstalten angeschlossen sind. Die Hausfrauen sind eingeladen, die zu den Demonstrationen benötigte schmutzige Wäsche zur Verfügung zu stellen. Es kann jedermann von diesem Anerbieten ungeniert Gebrauch machen. Wäsche jeder Art wird während der ganzen Ausstellungsdauer bereitwillig angenommen, sachgemäß gewaschen, fix und fertig gebügelt und in tadellosem Zustande abgeliefert. Kosten hierfür entstehen in keiner Weise.

Während bei der Ausstellung im Jahre 1926 „Der Haushalt von 1926“ an die Besucher Kaffee und Kuchen gratis abgegeben wurde, soll diesmal für Milch und Milchprodukte Propaganda gemacht werden. Wer eine Eintrittskarte löst, erwirbt damit Anspruch auf einen Gratisimbiss in der Milchausstellung. Jede Karte gilt als Gutschein für eine Flasche Milch oder eine Tasse Kaffee oder eine Flasche Joghurt oder eine Portion Schlaghahne oder zwei Käsebrötchen.

Schließlich sei noch auf das sehr schöne und wirkungsvolle Plakat von Kunstmaler Erich Kämpfer hingewiesen, von dem auch der Entwurf des Umschlages für das Ausstellungsprogramm stammt. Es enthält neben wertvollen hauswirtschaftlichen Aufzählungen und einem Vorwort ein Verzeichnis der Aussteller und auch das Programm der Vorträge über Spezialthemen, die täglich jeweils mittags 4 Uhr und abends 8 Uhr im Obergeschoß der Ausstellungshalle (Vortragsraum) gehalten werden.

Die Hundsfachen, nicht abgeholten Reise- und Handgepäckstücke und unanbringlichen Frachtgüter, die im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft im 2. Kalenderbierjahr 1928 anfielen, werden — wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich — am 26. und 27. September, sowie am 9. Oktober d. J. im Versteigerungsraum des Hauptbahnhofes Karlsruhe (Eingang Karabahnhof), jeweils 8 und 14 Uhr beginnend, öffentlich versteigert.

Tödlicher Verkehrsunfall. Freitag morgen ereignete sich an der Ecke Zirkel und Englerstraße ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Personentraktorwagen und einem Kraftwagen. Der Führer des Kraftwagens, ein 23 Jahre alter Student, ließ beim Überqueren der Englerstraße dem von rechts aus der Englerstraße kommenden Kraftwagen, dem verheirateten Oberpostsekretär Hermann Gutjahr von hier, das Vorfahrtsrecht nicht, was zur Folge hatte, daß der Kraftwagen, von dem Kraftwagen erfasst, zu Boden geschleudert und etwa 3 Meter weit geschleift wurde, wobei er eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. Der Führer des Kraftwagens verbrachte den Verletzten selbst in das neue Vinzenzstranckenhaus. Gutjahr ist im Laufe der Nacht gestorben.

Goloseumtheater. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Sonntagabendvorstellungen. Durch Einbau einer vollständigen Saalverdünnung ist nunmehr die Möglichkeit geboten, bei den Mittagvorstellungen genau dieselben Lichteffekte wie abends herbeizuführen. Besonders wird den auswärtigen Besuchern der Besuch empfohlen. Der Reichhaltigkeit des Programms zufolge beginnt die Mittagvorstellung pünktlich um 4 Uhr, Ende 1/2 Uhr, die Abendvorstellung beginnt um 8 Uhr. (Siehe die Anzeige.)

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Indem über Norddeutschland ausgebreiteten und durch Polarluft verstärkten Hochdruckgebiet, ist der Druck seit gestern auf 775 Millimeter gestiegen, so daß die Witterung ganz Europas nunmehr unter Hochdruckeinfluß steht. Am Ostrand des Hochdruckgebietes wandern jedoch über Skandinavien mit der Kaltluft mehrere Vbenfronten, die auch nach unserem Gebiet, bei nördlichen Winden noch zeitweilige Bewölkung verursachen werden. In Südbaden kann es hierbei zu streifenweisen Regenfällen kommen. Weiterausblick für Sonntag: weiterhin etwas kühler, bei nördlichen Winden, zeitweise wolfig, Südbaden Regen.

Zeitschriftenschau

Elegante Welt. Die große Parade der Herbstmode beginnt in der sechsten erschienenen neuesten Nummer der „Eleganten Welt“. Sie umfaßt die Kleider für alle Tageszeiten vom einfachen Trauerkleid bis zum problematisch ausgestalteten Abendkleid, für das analog der feminin eingestellten Mode Spitzen bevorzugt werden. Auch was es für den Herrn heißt, gut angezogen zu sein, wird an Hand interessanter, künstlerisch illustrierter Artikel dargelegt. Für 1 M überall zu haben.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	22. Sept.		21. Sept.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.05	168.39	168.06	168.40
Kopenhagen 100 Kr.	111.75	111.95	111.75	111.97
Italien . . . 100 L.	21.92	21.96	21.915	21.955
London . . . 1 Pf.	20.324	20.364	20.328	20.368
New York . . . 1 D.	4.1910	4.1990	4.1915	4.1995
Paris . . . 100 Fr.	16.365	16.405	16.365	16.405
Schweiz . . . 100 Fr.	80.605	80.765	80.64	80.80
Wien 100 Schilling	59.01	59.13	58.99	59.11
Prag . . . 100 Kr.	12.421	12.441	12.423	12.443

Kurze Nachrichten aus Baden

23. Mannheim, 21. Sept. Der um die hiesigen Schulen hochverdiente Schulmann Anton Sickingen beginnt, wie gemeldet, heute fern von Mannheim, im Algäu, seinen 70. Geburtstag. Die Sickingen-Schule hatte aus diesem Anlaß eine Feier veranstaltet. Zur gleichen Zeit erfreuten Oberstdorfer Kinder im Auftrag der hiesigen Sickingen-Schule den Jubilar durch ein Ständchen. Drei Mädchen mit Schärpen in den Mannheimer Stadtfarben und badiſchen und bayrischen Landesfarben überreichten Prof. Dr. Sickingen einen schönen Alpenstrauß.

23. Osterburken, 21. Sept. Die seit längerer Zeit stillgelegte Fabrik der Kabelindustrie A. G. mit dem Sitz in Karlsruhe ist teilweise wieder in Betrieb gesetzt. Die Firma lange in Wald bei Solingen (Metallwaren) hat den unteren größeren Fabrikbau gemietet und zu ihrem Zwecke eingerichtet.

23. Freiburg i. Br., 21. Sept. Der Lebensbedürfnis- und Produktivverein hatte am Mittwoch zur offiziellen Betriebsöffnung seiner neuen Großbäckerei in der Engelferstraße eingeladen. Der von Architekt Richard Koch entworfene Bau ist mit einem Kostenaufwand von 300 000 M in elf Monaten errichtet worden und stellt das modernste dar, was man gegenwärtig auf dem Gebiete der Großbäckereien in Deutschland findet. Einige maschinelle Einrichtungen mühten aus dem Auslande bezogen werden. Die neue Bäckerei ermöglicht einen Zweifachbetrieb und vermag täglich jeder Freiburger Familie ein Dreifundbrot zu liefern.

23. Freiburg i. Br., 21. Sept. Aus Anlaß des Besuchs des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ über Freiburg hat Oberbürgermeister Dr. Bender an die Zeppelinwerke Friedrichshafen ein Danktelegramm gerichtet, in dem die begeistertsten Wünsche und der herzliche Dank namens der Stadtverwaltung und Bürgerschaft für den Besuch der Stadt Freiburg durch „Graf Zeppelin“ zum Ausdruck gebracht werden.

Freiburg i. Br., 21. Sept. Studienrat Greiner, der über 30 Jahre den Zeichenunterricht am Vertolbghymnasium Freiburg leitet, feiert am 23. September den 43. Jahrestag seines Eintritts in den Staatsdienst. Aus diesem Anlaß hat der Staatspräsident dem verdienten Lehrer ein Glückwunschschreiben durch den Direktor der Anstalt in feierlicher Weise überreichen lassen. Der vorbildliche Unterricht und die wertvolle Anregung, die der Jubilar selbst künstlerisch veranlagten Schülern, wie Hans Franke, zu geben wußte, sichert ihm auch die wärmste Anteilnahme aller seiner Schüler und Kollegen an seinem Gedentage und die aufrichtigsten Wünsche für sein ferneres Wohlergehen.

23. Riegel, 21. Sept. Bei dem am vergangenen Mittwoch einem Brande zum Opfer gefallenem Weidwerk handelt es sich um das nach dem Krieg von den Herren Knittel & Müller neugegründete Unternehmen einer Gerstenaffinerie. Bei dem vor einiger Zeit erfolgten teilweisen Übergang in andere Hände erhielt das an sich nicht bedeutende Werk seinen obigen Namen. Der Schaden ist allerdings für die Besitzer dadurch recht empfindlich, weil zufällig am Tage vor dem Brand größere Vorräte der neuen Gerstenernte eingelagert wurden, die dem Feuer zum Opfer gefallen sind.

23. Vom Bodensee, 22. Sept. Die Reichslahndirektion Karlsruhe hat das alte Dampfboot „Mainau“ an eine Konstanzener Firma veräußert. Mit dem Abbruch wird in den nächsten Tagen begonnen werden. Damit verschwindet vom Obersee und Aleringer See eine alte Schiffsart (Flachdeckboot).

23. Basel, 21. Sept. Mit einer eindrucksvollen Kundgebung im Münster zu Basel hat die Gustav-Adolf-Vereinsstagnung in Basel heute ihren endgültigen Abschluß gefunden. Die Fahrt von Freiburg nach Basel galt dem Besuch des protestantisch-fürstlichen Hilfsvereins, der in der Schweiz dieselbe Aufgabe zu erfüllen hat, wie innerhalb des Reiches der Gustav-Adolf-Verein.

23. Arlesheim, 21. Sept. Die Kantonalpolizei verhaftete gestern abend den steckbrieflich verfolgten Mörder Peter Maerzel, der vor einiger Zeit in dem badiſchen Dorfe Tiefenbach seine Frau erschossen hat. Maerzel befand sich seit drei Wochen als Knecht auf einem Bauernhof in Reinach. Die deutschen Behörden haben um seine Auslieferung nachgefragt.

Landesfinanzausgleich in Preußen, Bayern und Sachsen. Mit Nachweis der Gesetze für die übrigen Länder, nebst der neuesten Reichsverordnung über Finanzstatistik und anderen ergänzenden Bestimmungen. Mit Erläuterungen von Dr. F. B. Koch, Reichsfinanzrat, Mitglied des Reichsfinanzhofes. XVI, 177 Seiten H. 8°. München 1928. C. S. Beck. Weinendband 6 M.

Staatsanzeiger

Dem würt. Luftfahrtverband in Stuttgart wurde die Erlaubnis zum Luftverkehr in Baden erteilt. Karlsruhe, den 20. September 1928. Der Minister des Innern J. W. Föhrenbach

Bekanntmachung

des Präsidenten des Landesarbeitsamts Süddeutschland über die Eingliederung der öffentlichen Arbeitsnachweise in die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Mit Ermächtigung des Herrn Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und im Einvernehmen mit dem Herrn Präsidenten des Landesarbeitsamts Baden bestimme ich hiermit auf Grund des § 221 Abs. 2 des Gesetzes vom 16. Juli 1927 über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (Reichsgesetzblatt I S. 187), daß die öffentlichen Arbeitsnachweise im Bezirk des Landesarbeitsamts Süddeutschland mit Wirkung vom 1. Oktober 1928 ab in die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingegliedert werden.

Mit dem genannten Zeitpunkt treten auch die Beschlüsse des Vorstands der Reichsanstalt vom 24. Mai 1928 und des Verwaltungsrats der Reichsanstalt vom 5. Juli 1928 über die Neueinteilung der Arbeitsämter (vgl. meine Bekanntmachungen vom 5. Juni und 11. Juli d. J., Würt. Staatsanzeiger Nr. 130 und 162, Bad. Staatsanzeiger Nr. 131 und 163) in Kraft.

Stuttgart, den 20. September 1928. Stälin

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern Planmäßig angestellt:

Bezirksbaumeister Konrad Gahn in Reßlich.

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz Ernann:

Justizrat Dr. Karl Sautz in Aßern am Landgericht in Offenburg, Anstaltsparförm Karl Reßels beim Landesgefängnis Mannheim zum Anstaltsoberparförm.

Verlegt: Justizrat Wilhelm Gietel in St. Blasien nach Oberkirch.

Abertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes auf Ende Dezember 1928:

Obergerichtsvollzieher Julius Weber beim Amtsgericht Bühl.

Zuruheetzung auf Antrag: Justizrat Julius Wülfinger in Wiesloch bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Montag, den 24. September

bleiben unsere Geschäftsräume hohen Feiertags wegen geschlossen

GESCHW. KNOPF Herm. Schmoller & Co. 921

Bekanntmachung.

Der Landeskommissar für die Kreise Karlsruhe und Baden hat dem Kaufmann Adolf Juller in Karlsruhe

für sein mutiges Verhalten bei der Rettung des Kaufmanns Emil Urban aus Karlsruhe am 15. Juli d. J. vom Tode des Ertrinkens im Rhein eine öffentliche Belobung ausgesprochen. Karlsruhe, den 20. September 1928. Badisches Bezirksamt - Abt. I. O. 3. 87

Straßenpöere.

Nachstehende Straßenstrecken des Amtsbezirks Karlsruhe werden wegen Erneuerung der Balzdecken in den befestigten Zeiten werktags von 6 Uhr bis 19 Uhr für alle Fahrzeuge von mehr als 3 Tonnen Gesamtgewicht gesperrt; auch dürfen, soweit Fahrzeuge zugelassen sind, die nachgehenden Sperrestrecken von Fuhrwerten nur im Schritt und von Kraftwagen mit höchstens 10 km Geschwindigkeit befahren werden: R. 766

1. Kreisweg Nr. 11 von Friedrichstal bzw. Blankenloch - Staffort - Büchenau, d. i. zwischen dem Wegabgang nach Spöck und dem östlichen Ortsausgang von Staffort gegen Büchenau und dann die Weststrecke Staffort - Weingarten von Ortsmitte Staffort bis süd. Ortsausgang daselbst vom 25. bis 29. September ds. J.

Umgehungsveg: Friedrichstal - Spöck - Büchenau - Untergrombach - Weingarten.

2. Kreisstraße Nr. 13 Karlsruhe - Blankenloch km 3,9 - 6,0, d. i. zwischen Hagfeld und Blankenloch vom 1. bis 10. Oktober d. J.

Umgehungsveg: Hagfeld - Grödingen, Landstraße Durlach - Weingarten, Blankenloch.

3. Kreisstraße Nr. 9 Jöhlingen - Leopoldshafen km 9,8 bis 11,710, d. i. zwischen den beiden Bahnhöfen Karlsruhe - Bruchsal und Karlsruhe - Blankenloch - Graben vom 11. bis 18. Oktober ds. J.

Umgehungsveg: Hagfeld - Grödingen, Landstraße Durlach - Weingarten, Staffort.

Zu widerhandlungen werden gemäß § 121 §. Str. G. B. mit Geld bis zu 60 M oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Karlsruhe, den 19. September 1928. O. 3. 85. Badisches Bezirksamt Abt. IV.

G. BRAUN

(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag) G. m. b. H. Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14

fertigt Drucksachen aller Art für Industrie, Handel, Behörden und Private Kurze Lieferfristen Mäßige Preise

Da der gegenwärtige Inhaber nach Erreichung der Altersgrenze demnächst in den Ruhestand tritt, ist die

Stelle des Oberbürgermeisters der Stadt Heidelberg

zu besetzen. Die Wahl erfolgt nach den Bestimmungen der badiſchen Städteordnung auf 9 Jahre. Bewerbungen mit ausführlichem Lebenslauf sind bis längstens 15. Oktober d. J. an den Vorsitzenden des Ausschusses für die Wahl des Oberbürgermeisters, Rektor Gg. Schmitt, Rathaus, Hauptverwaltung, zu richten. Persönliche Vorstellung ohne Aufforderung nicht erwünscht. Der Oberbürgermeister.

Holzweranlage der Stadt Heidelberg

Für den noch umlaufenden Rest der 6%igen Holzweranlage der Stadt Heidelberg von 1923 ist der auf 1. Oktober 1928 fällige Zins festzusetzen. Das vollständige Fortamt Heidelberg hat den Durchschnittspreis für 1 fm Nadelholz IV. Klasse für den der Zinsberechnung zugrunde zu legenden Zeitabschnitt auf 32,26 M festgesetzt.

Hiernach berechnet sich der Geldwert für die am 1. Oktober d. J. fälligen Jahreszinsen aus der 6%igen Holzweranlage der Stadt Heidelberg auf 1,94 M je fm. Es werden somit die am 1. Oktober 1928 fälligen Zinscheine Nr. 5 für die noch im Verkehr befindlichen Anleihestücke nach Abzug von 10% Kapitalertragsteuer wie folgt eingelöst:

1 Zinschein zu den Stücken Lit. A über 5 fm mit 8,73 M 1 " " " " Lit. B " 2 fm " 3,50 M 1 " " " " Lit. C " 1 fm " 1,75 M 1 " " " " Lit. D " 1/2 fm " 0,88 M 1 " " " " Lit. E " 1/4 fm " 0,44 M

Die Einlösungstellen sind auf den Zinscheinen bezeichnet.

Die planmäßige Tilgung ist durch freiziehändigen Rückkauf von Stücken der Anleihe vollzogen.

Die Stadt ist übrigens bereit, die noch umlaufenden Stücke der Holzweranlage, die frühestens auf 1. Oktober 1930 kündbar sind, schon jetzt, also vorzeitig einzulösen. Die Einlösung erfolgt einschl. der Zinscheine Nr. 6 ff. zum Preise von 26,50 M je Festmeter durch das Stadtreiamt Heidelberg bzw. die Zinscheineinlösungstellen. Die Frist für die Einlösung läuft am 1. Dezember d. J. ab. Der Oberbürgermeister. 919

Die Firma Gustav Siegrist, Bauunternehmer in Karlsruhe, Süd. Hildbronnenstraße 5, beabsichtigt an ihrer an der Fing in Grödingen gelegenen Kundenmühle anstelle der 2 alten unterschlächtigen Wasserräder eine Kaplan turbine einzubauen. Beschreibung des beabsichtigten Unternehmens mit Plänen liegt vom 26. September 1928 bis 16. Oktober 1928 beim Bezirksamt Karlsruhe, Zimmer 26, und im Rathaus Grödingen zur Einsicht auf. Wir bringen dies mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis, etwaige Einwendungen oder beim Gemeinderat Grödingen anzubringen, widrigenfalls die nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als ausgeschlossen gelten. Die vor Inkrafttreten des Gesetzes vom 8. April 1913, die Abänderung des Wassergesetzes betr. Kraft besonderer privatrechtlicher Titel begründeten Rechte, sind nunmehr als dem öffentlichen Recht angehörige Nutzungsrechte zu betrachten. Auf solche Rechte sich stützende Einwendungen gelten ebenfalls als ausgeschlossen, wenn sie nicht innerhalb der festgesetzten Frist vorgebracht werden. Karlsruhe, den 19. September 1928. O. 3. 86. Badisches Bezirksamt III. R. 768.

Bei der Pfälzer Kathol. Kirchenschaffnei Heidelberg ist die Stelle eines Rechnungsbeamten (Obersekretärs)

alsbald zu besetzen. Die Anstellung erfolgt vorerst auf Privatdienstvertrag im Angestelltenverhältnis. Die Umwandlung in eine planmäßige Stelle ist vorgesehen. Bewerber katholischen Bekenntnisses, welche ihre Befähigung durch die erfolgte Ablegung der Prüfung für den gehobenen mittleren Finanzdienst nachweisen können, wollen ihre Gesuche nebst Lebenslauf und Zeugnissen bis längstens 6. Oktober lfd. J. anbei einreichen. Heidelberg, den 21. September 1928. 917 Pfälzer Kathol. Kirchenschaffnei Heidelberg.

Vergleichsverfahren.

N. 758. Wiesloch. Das am 27. Juli 1928 über das Vermögen der Firma Bender u. Kleinlagel, Zigarrenfabriken in Nettigheim, Inhaber Lambert Bender, Kaufmann u. Fritz Kleinlagel, Kaufmann, beide in Nettigheim, angeordnete Vergleichsverfahren wurde, nachdem der Beschluß vom 11. Sept. 1928, durch den der Zwangsvergleich bestätigt wurde, rechtskräftig geworden ist, aufgehoben. R. 758. Wiesloch, 15. Sept. 1928. Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

Jagdverpachtung.

Die Stabsgemeinde Durbach-Heimbürg verpachtet am Samstag, den 20. Okt. 1928, nachm. 3 Uhr, im Rathaus Durbach die etwa 1270 ha umfassende Gemeindejagd in 2 Bezirken auf die Dauer von 6 Jahren. (1. Februar 1929 bis 31. Januar 1935.) Jagdbezirk I umfaßt die nördliche Kalfseite mit ca. 650 ha. Jagdbezirk II die südliche Kalfseite mit rund 620 ha. Die Scheidungsgrenze bildet die von Oberweier u.

Verzahlung die Fundsachen vom 11. Vierteljahr 1928, nicht abgeholtes Hand- u. Reisegepäck u. unaufrichtige Frachtpapiere, darunter Photoapparate, Fern- und Luupengläser, Herren- und Damenuhren, Schmutz- und Pelzwaren, Herrenfahräder, 2 Holzbohrmaschinen, 6 Wapazopielautomaten, 1 Dapolinbenzinpumpe, 1 Protostaubsauger, 1 Metallfaß Rohöl. Die besonderten Gegenstände werden am 27. Sept. von 10 Uhr an ausgedoten.



Badisches Landessteuervergütung

Sonntag, 23. September G 2 Th.-Gem. 801-900 Die heilige Ente Oper von Gál Wittwulden: Klant, Schneider, Worobin, Kaufkötter, Köfer, Rentwig, Derner Anfang 19/1, Ende 22/1, Preise D (1,00-8,00)

Montag, 24. September Volkshöhne 1. Ginderhannes

Schauspiel von Zuckmayer Anfang 19/1, Ende 22/1, Preise A Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben Di., 25. Sept., 3. erstmalig: Von morgens bis mitternachts Mi., 26. Sept., und das Licht scheint in der Finsternis, Do., 27. Sept., Hoffmanns Erzählungen, Fr., 28. Sept., Die heilige Ente, Sa., 29. Sept., neuinstudiert: Der Schwarzkünstler, So., 30. Sept., neuinstudiert: Der Barbier von Bagdad, Mo., 1. Okt., 1. Sinfoniekonzert, Di., 2. Okt., Armida

COLOSSEUM täglich abends 8 Uhr Sonntags 4 u. 8 Uhr die fabelhafte neue Berliner Revue "Für Euer Geld" Der Schlager der Saison!

Leser Bücher Wissen zur Macht!